

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Jörn Wunderlich, Kornelia Möller, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Heidrun Bluhm, Steffen Bockhahn, Dr. Martina Bunge, Roland Claus, Heidrun Dittrich, Katrin Kunert, Jens Petermann, Ingrid Remmers, Kathrin Senger-Schäfer, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Dr. Kirsten Tackmann, Kathrin Vogler, Harald Weinberg und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Kinder- und Jugendreisen für alle**

„Kinder- und Jugendreisen sind aus unserer Sicht ein wesentlicher Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung, zur Bildung und zur Integration junger Menschen – und sie bieten Chancen, die es so nur auf Kinder- und Jugendreisen gibt, d. h. dort, wo Kinder und Jugendliche über einen längeren Zeitraum einander und einer anderen Umgebung ausgesetzt sind.“ So äußert sich Ansgar Drücker, Vorsitzender des BundesForums Kinder- und Jugendreisen e. V., in seinem Vorwort zur Studie „Deutsche Kinder- und Jugendreisen 2008“, welche das BundesForum gemeinsam mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Ernst Burgbacher, am 8. Dezember 2009 der Presse vorgestellt hat. Sein Fazit in diesem Vorwort: „Unser politisches und gesellschaftliches Ziel ist es, jedem Kind und jedem Jugendlichen eine Kinder- und Jugendreise zu ermöglichen.“

Im Kontext mit diesem Ziel stehen auch der am 3. Juli 2002 vom Deutschen Bundestag verabschiedete Aktionsplan zum Kinder- und Jugendtourismus in Deutschland (Bundestagsdrucksache 14/9715) sowie die „Tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung“ aus dem Jahr 2009, in denen es unter der Überschrift „Teilhabe“ heißt: „Ziel der Bundesregierung ist die Teilhabe aller Bevölkerungskreise am Tourismus. Auch Menschen mit gesundheitlichen, sozialen oder finanziellen Einschränkungen sollen reisen können ...“

Die aktuelle Studie „Kinder- und Jugendreisen 2008“ macht deutlich, dass dieses Ziel noch nicht erreicht ist. Zwar gibt es in Deutschland mit 82,2 Prozent eine auch im internationalen Vergleich hohe Urlaubsreiseintensität bei Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren, aber die Studie zeigt auch, dass Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Schichten der Bevölkerung mit 70,4 Prozent deutlich weniger am Tourismus teilhaben. Kaum bzw. keine Aussagen liefert die Studie zur Urlaubsreiseintensität von Kindern und Jugendlichen unter 14 Jahren, von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen oder Migrationshintergrund.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Was hat die Bundesregierung (auch im Zusammenwirken mit den Bundesländern) in den Jahren 2008 und 2009 zur Umsetzung des Aktionsplanes zum Kinder- und Jugendtourismus in Deutschland und der darin enthaltenen acht Zielvorgaben unternommen und erreicht (bitte mit Nennung der einzelnen Maßnahmen und der dafür eingesetzten Mittel aus dem Bundeshaushalt)?

2. Wie bewertet die Bundesregierung die Anzahl der in Deutschland zur Verfügung stehenden Kinder- und Jugendunterkünfte (siehe Studie „Kinder- und Jugendreisen 2008“), deren Zustand und die Barrierefreiheit dieser Unterkünfte?
3. Was wird die Bundesregierung (auch im Zusammenwirken mit den Bundesländern) im Jahr 2010 zur Umsetzung des Aktionsplanes zum Kinder- und Jugendtourismus in Deutschland und der darin enthaltenen acht Zielvorgaben unternehmen (bitte mit Nennung der einzelnen Maßnahmen und der dafür eingeplanten Mittel aus dem Bundeshaushalt – Entwurf laut Beschluss der Bundesregierung vom Dezember 2009)?
4. Welche Bundesländer haben nach Kenntnis der Bundesregierung analoge Aktionspläne zum Kinder- und Jugendtourismus erarbeitet und beschlossen?
5. Wie viele Kinder und Jugendliche lebten nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2008 und 2009 in so genannten Bedarfsgemeinschaften (Hartz IV), in Familien mit Leistungen aus dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (zum Beispiel Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen) bzw. Haushalten und Einrichtungen mit geringem finanziellen Budget?
6. Inwieweit ist es aus Sicht der Bundesregierung notwendig und für deren Persönlichkeitsentwicklung sinnvoll, dass auch diese Kinder und Jugendlichen am Kinder- und Jugendtourismus teilhaben können?
7. Wie viele dieser Kinder und Jugendlichen konnten nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2008 und 2009 keine Ferien- bzw. Urlaubsreise unternehmen?
8. Welche Kenntnisse, Probleme und Erfahrungen gibt es für diese Kinder und Jugendlichen bezüglich der Teilnahme an Klassenfahrten?
9. Wie bewertet die Bundesregierung die Feststellung aus der Studie, dass bei Urlaubsreisen mit Kindern bis 13 Jahre im Jahr 2008 der niedrigste Wert (17 Prozent) seit seiner Erfassung im Jahr 1996 (22 Prozent) erreicht wurde, und sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der Einführung der Hartz-IV-Gesetzgebung und dem zeitgleich einsetzenden Rückgang in diesem Reisesegment?
10. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen am Tourismus?
11. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund am Tourismus?
12. Inwieweit ist für die Bundesregierung die mangelhafte Datenlage zur Urlaubsreiseintensität von Kindern bis 13 Jahre sowie von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sowie mit Migrationshintergrund in der von ihr in Auftrag gegebenen Studie „Deutsche Kinder- und Jugendreisen 2008 – Aktuelle Daten zu Struktur und Volumen“ akzeptabel und zufriedenstellend, wenn sie in den tourismuspolitischen Leitlinien davon ausgeht, dass es Ziel der Bundesregierung ist, die Teilhabe aller Bevölkerungskreise am Tourismus zu sichern und dass auch Menschen mit gesundheitlichen, sozialen oder finanziellen Einschränkungen reisen können?
13. Welche Maßnahmen sind zur weiteren Verbesserung der statistischen Datenlage geplant?

Gibt es Bemühungen der Bundesregierung, den Ostdeutschen Sparkassenverband (OSGV) zu bitten, die Datenlage aus dem Bereich Kinder- und Jugendreisen in das Tourismusbarometer einzugliedern?

Wenn ja, wann?

Wenn nein, warum nicht?

14. Inwieweit wird die Studie auch eine Planungshilfe für die Bundesregierung sein, und wo sieht sie Änderungsbedarf gegenüber früheren Planungen und Entscheidungen?
15. Inwieweit reicht es aus, wenn das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Qualität von Kinder- und Jugendreisen mit den bekannten Mitteln – Qualitätsprojekte des BundesForums Kinder- und Jugendreisen insbesondere im Bereich Personal und Unterkünfte – unterstützt und Kinder- und Jugendverbände und andere Träger der Kinder- und Jugendhilfen, die ein breites Spektrum an Kinder- und Jugendreisen, -begegnungen und -austauschen durchführen, fördert?  

Für wie viele Kinder und Jugendliche sind die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe eine echte Alternative zum klassischen Tourismus?

Wie viele Kinder und Jugendliche insbesondere aus sozial schwächeren Schichten werden mit Hilfe des Kinder- und Jugendplans des Bundes erreicht und unterstützt (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Plenarprotokoll der 11. Sitzung des Deutschen Bundestages in der 17. Wahlperiode am 16. Dezember 2009)?
16. Wie bewertet die Bundesregierung die Feststellung aus der Studie „Kinder- und Jugendreisen 2008“, dass bei öffentlich geförderten Kinder- und Jugendreisen drastische Reduzierungen geplant sind und dass diese Rückgänge in Ostdeutschland deutlich höher sind als in den westlichen Bundesländern?
17. Welche Maßnahmen, Projekte und sonstigen Aktivitäten hat die Bundesregierung in Angriff genommen, um Kindern und Jugendlichen aus Familien und Einrichtungen mit geringem finanziellen Budget die Teilnahme am Kinder- und Jugendtourismus zu ermöglichen?
18. Wie viele Kinder und Jugendliche leben nach Kenntnis der Bundesregierung in Flüchtlings- und Asylbewerberfamilien?
19. Welche Maßnahmen, Projekte und sonstigen Aktivitäten hat die Bundesregierung unternommen, um Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlings- und Asylbewerberfamilien die Teilnahme am Kinder- und Jugendtourismus zu ermöglichen?
20. Inwieweit ist es aus Sicht der Bundesregierung notwendig und für die Persönlichkeitsentwicklung dieser Kinder und Jugendlichen sinnvoll, dass auch sie am Kinder- und Jugendtourismus sowie an Schulfahrten teilhaben können?
21. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Gewährleistung der Teilnahme (und der Finanzierung) von Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlings- und Asylbewerberfamilien an Reisen ihrer Schulklasse?
22. Wie hoch war der deutsche Anteil am EU-Aktionsprogramm JUGEND in den Jahren ab 2006, und in welcher Höhe wurden finanzielle Mittel für den internationalen Jugendaustausch bzw. Jugendtourismus aufgewendet?
23. Welche Rolle spielt dabei – sowie in anderen Programmen der Kinder-austausch und -tourismus – die Altersgruppe 12 bis 14 Jahre?
24. Welche Kooperationen und Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderung des internationalen Kinder- und Jugendtourismus gibt es darüber hinaus?
25. Wie bewertet die Bundesregierung die Feststellung aus der Studie „Kinder- und Jugendreisen 2008“, dass Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit bei öffentlich geförderten Kinder- und Jugendreisen um 31 Prozent reduziert wurden?

26. Was unternahm und unternimmt die Bundesregierung zur Förderung der Barrierefreiheit sowie von integrativen Reisen im Kinder- und Jugendtourismus, insbesondere bei Jugendaustauschprogrammen?
27. Welche Staaten bzw. deren Regierungen sind Mitglied in der internationalen Sozialtourismusorganisation BITS?
28. Welche Position hat die Bundesregierung zu den in Frankreich eingeführten „Ferienchecks“, um auf diesem Weg Ferien für alle zu ermöglichen, und inwieweit sieht sie Möglichkeiten, diese Erfahrungen im eigenen Land nutzbar zu machen.
29. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode, um den Jugendaustausch zwischen Deutschland und den neuen EU-Mitgliedstaaten (insbesondere durch Partnerschaften zwischen Bildungseinrichtungen, Vereinen und Interessengruppen) zu intensivieren?
30. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode, um neue Austauschprogramme mit den nicht zur EU gehörenden Staaten Europas zu initiieren?
31. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass an den Programmen zum internationalen Jugendaustausch auch Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten teilnehmen können?
32. Durch welche konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung erreichen, dass die Bedeutung von Besuchen der Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Polen, Tschechien und anderen Staaten durch Schulen und Jugendgruppen verstärkt werden kann?

Berlin, den 13. Januar 2010

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**